

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 9

Artikel: Der Zerfall des Warschauer Paktes : Ursachen, Folgen und Folgerungen
Autor: Feldmann, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165047>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Josef Feldmann

Der Zerfall des Warschauer Paktes – Ursachen, Folgen und Folgerungen

Am 1. Juli 1991 gaben die Vertreter aller Unterzeichnerstaaten des Warschauer Paktes in Prag zu Protokoll, dass – *«eingedenk der tiefen Veränderungen, die in Europa vor sich gehen und die Beendigung der Konfrontation und Spaltung des Kontinents bedeuten»* – der Vertrag ausser kraft trete¹. Dass ein militärisches Imperium, welches mit seiner Truppenstärke von mehreren Millionen aktiver Soldaten und einem Arsenal von weit über zehntausend strategischen Kernwaffen jahrzehntelang die Akzente der Weltpolitik gesetzt hatte, innert Monaten zusammenbrach und auseinanderfiel, ist ein Ereignis, dessen Auswirkungen wir heute noch nicht vollständig überblicken. Mit der Frage nach den Ursachen stellt sich zugleich die Frage nach dem Charakter dieses gigantischen Konglomerats militärischer Kräfte.

In der Ära nationalstaatlicher Machtpolitik bis hin zum Zweiten Weltkrieg entstanden militärische Allianzen in der Regel, wenn gewaltsame Auseinandersetzungen unmittelbar drohten oder wenn zwischen einzelnen Staaten bereits Krieg herrschte. Es gibt sogar Beispiele dafür, dass Staaten im Verlauf eines Krieges das Lager wechselten. Vergleichen wir damit die beiden grossen Allianzen der Nachkriegszeit, stellen wir fest, dass weder die NATO noch der Warschauer Pakt dem traditionellen Muster einer bloss temporären Waffenbrüderschaft entsprach. Beide entstanden zwar in einer spannungsgeladenen Zeit, aber sie wurden nicht durch einen konkreten Konfliktfall veranlasst. Beide setzten sich Ziele, die über den militärischen Bereich hinausreichen, und beiden waren auf unbegrenzte Dauer angelegt. Soweit, aber nur soweit, stimmen sie in ihrem Wesen überein. Die grundsätzlichen Unterschiede, welche dagegen die beiden Bündnisse kennzeichnen, werden am Zerfall des Warschauer Paktes besonders deutlich sichtbar.

Instrument sozialistischer Geschlossenheit

Die Gründung des offiziell als *«Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand»* bezeichneten Paktes fand am 14. Mai 1955 in Warschau statt. Den vordergründigen und propagandistisch hochgespielten Anlass dazu gab der Entschluss der Westalliierten zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und zur Aufnahme der deutschen Bundeswehr in die NATO. Nach östlicher Sprachregelung war der Pakt eine

notwendige Verteidigungsmassnahme gegen die Gefahren des westlichen Imperialismus.

Versuchen wir aber durch die propagandistische Verbrämung hindurch zu den echten Beweggründen für die Bildung des Warschauer Paktes vorzudringen, müssen wir ins Jahr 1948 zurückblicken, in jenes Schicksalsjahr, in dem die Sowjetunion fast gleichzeitig die grösste Ausdehnung ihrer territorialen Herrschaft und den ersten schweren Rückschlag erlebte: den kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei und den Ausbruch Jugoslawiens unter Marschall *Tito* aus *Stalins* Machtbereich. Dieses Ereignis hat nicht nur die politische Konstellation in Südosteuropa tiefgreifend verändert, sondern zugleich ein kommunistisches Dogma erschüttert, nämlich den Glauben, dass die Gemeinsamkeit der kommunistischen Ideologie zwangsläufig die politische Einheit gewährleiste. Am Fall Jugoslawiens wurde deutlich, dass das ein Irrtum war. Der Staat Marschall *Titos* blieb kommunistisch, aber sein Souveränitätsanspruch war stärker als die ideologische Bindung an die Sowjetunion. Das führte die sowjetrussischen Machthaber zur Einsicht, dass es einer besonderen politischen Klammer bedurfte, um die Staaten, über die sich ihre Hegemonie erstreckte, zusammenzuhalten. Diesem Zweck entsprach der Warschauer Pakt. Er war in seiner primären Zielsetzung – nach den Worten der Sowjetologin *Hélène Carrère d'Encausse* – «ein Instrument zur Verteidigung der Geschlossenheit der sozialistischen Welt»².

Entfaltung sowjetrussischer Militärmacht

Später, namentlich während der Regierungszeit *Leonid Breschnews*, gewann jedoch eine andere Funktion des Warschauer Paktes immer grössere Bedeutung. Er entwickelte sich zum *wichtigsten Pfeiler der ausgreifenden sowjetrussischen Machtpolitik*. Nach den Ereignissen des August 1968 blieben 70 000 Sowjetsoldaten permanent in der Tschechoslowakei. In der DDR, in dem Raum also, in dem sich das Herrschaftsgebiet der Sowjets am weitesten nach Mitteleuropa hinein erstreckte, waren es 19 Divisionen, gegliedert in 5 Armeen mit einem Bestand von 380 000 Soldaten. Insgesamt wuchs die Präsenz sowjetischer Stationierungstruppen in den westlichen Paktstaaten auf mehr als eine halbe Million Mann³. Dazu kam, dass diesen Truppen laufend moderne Waffensysteme zugeführt wurden, während das ältere Material in den Stationierungsräumen verblieb, so dass nachfolgende Staffeln ihre Ausrüstung bereits an Ort und Stelle hätten übernehmen können.

Von der Mitte der siebziger Jahre an brachten die Sowjets sodann sukzessive ihre neuen Mittelstreckenwaffen des Typs *SS-20* in Stellung und schufen

sich damit die Möglichkeit, jeden beliebigen Punkt in Europa und im Mittelmeerraum mit präziser Kernwaffenfeuer zu belegen. Schliesslich folgte die Stationierung nuklearer Kurzstreckensysteme in der DDR und in der Tschechoslowakei.

Diese rasch wachsende Entfaltung sowjetrussischer Militärmacht in ihrem westlichen Vorfeld war die Hauptursache der zunehmenden Spannung und der rapiden Verschlechterung des strategischen Klimas in den frühen achtziger Jahren. Gerade diese Entwicklung sollte sich in der Folge für den Warschauer Pakt verhängnisvoll auswirken. Die Ursachen seines überraschenden Zerfalls sind damit eng verknüpft.

Unter dem Eindruck der sowjetischen Hochrüstung fasste die NATO im Dezember 1979 den sogenannten Doppelbeschluss, der den Willen zum Ausdruck brachte, vorerst auf dem Verhandlungsweg die Sowjets zum Abbau der SS-20-Raketen zu bewegen, falls das jedoch nicht gelingen sollte, mit der Bereitstellung eigener Mittelstreckenwaffen auf europäischem Boden ein strategisches Gegengewicht zu schaffen. Die Sowjets zeigten sich indessen an den Abrüstungsgesprächen in Genf keineswegs konzessionsbereit und liessen Ende 1983 die Verhandlungen platzen. Darauf schickten sich die NATO-Staaten an, den zweiten Teil des Doppelbeschlusses zu vollziehen, während die sowjetrussische Kriegsmaschinerie in Ost- und Mitteleuropa schon in voller Aktionsbereitschaft stand.

Kurz bevor die Ära der greisen Kremlherren *Breschnew*, *Andropow* und *Tschernenko* zu Ende ging, war damit die strategische Lage in Europa äusserst explosiv geworden. Sowjetrussische Politiker und deren Gefolgsleute in den Paktstaaten behaupteten zwar beharrlich, dass die mächtige Konzentration militärischer Kräfte in den westlichen Regionen des Paktgebietes allein dazu bestimmt sei, einen möglichen Angriff der NATO zurückzuschlagen. Dem entsprachen auch alle Manöveranlagen der Warschauer-Pakt-Truppen. Sie basierten durchgehend auf der Annahme, dass es gelte, einen Angriff von Westen durch einen raschen Gegenangriff zu parieren und dabei das Kriegsgeschehen möglichst rasch in das Territorium des Aggressors hineinzutragen.

Angriffsplanung mit Einsatz von Kernwaffen

Diese Version machten sich in den siebziger und achtziger Jahren auch zahlreiche westliche Experten zu eigen. Sie verliert indessen einiges von ihrer Glaubwürdigkeit, wenn sie im Lichte von Quellen betrachtet wird, die erst kürzlich erschlossen wurden.

Es handelt sich um rund 25 000 Aktenstücke aus dem Verteidigungsministerium der DDR, die im Zuge der deutschen Wiedervereinigung vom

Führungsstab der Bundeswehr sichergestellt und ausgewertet werden konnten. Allerdings steht fest, dass vor dem Zusammenschluss noch weit grössere Aktenbestände vernichtet oder in die Sowjetunion abtransportiert wurden. In dieser Hinsicht hat die zuständige Behörde dem Titel ihres Chefs, der die ungewöhnliche Bezeichnung «Minister für Verteidigung und Abrüstung» trug, offensichtlich Ehre gemacht. In den Aktenschränken seiner kommunistischen Amtsvorgänger wurde grosszügig abgerüstet.

Aus den sichergestellten Dokumenten geht hervor, dass in der Operationsplanung des Warschauer Paktes und der Nationalen Volksarmee der DDR die Defensive eine völlig untergeordnete Rolle spielte, dass hingegen Angriffsoperationen bis zur Atlantikküste und auf die Iberische Halbinsel im Detail vorbereitet waren und dass ein Angriff gegen Westeuropa in jedem Fall mit einem massiven Einsatz von Kernwaffen eingeleitet worden wäre.

Lothar Rühl, der die ostdeutschen Aktenfunde auswerten konnte, fügt diesen Informationen eine Beobachtung bei, die sich auf den ersten Blick als militärtechnisches Detail ausnimmt, bei genauerem Zusehen aber als aufschlussreiches Indiz erscheint: Er stellt fest, dass die Pioniertuppen der Nationale Volksarmee keinerlei Material für den Hindernisbau und die Geländeverstärkung besaßen und dass ihre Offiziere für solche Einsätze überhaupt nicht ausgebildet waren, dass ihnen dagegen Gerät für Angriffsaktionen, insbesondere für Flussüberquerungen, in reichlicher Masse zur Verfügung stand⁴.

Ein hoher Offizier der tschechoslowakischen Armee ergänzte Rühls Feststellung mit dem Hinweis, dass er als Angehöriger eines Verbandes, der mit dem Gros der tschechoslowakischen Armee zwischen der westlichen Landesgrenze und der Moldau eingesetzt war, nie eine Übung erlebte, bei welcher die militärgeographischen Eigenheiten und die Fragen der Geländeausnutzung des Stationierungsraumes für die Verteidigung studiert wurden. Dagegen wusste er zu berichten, dass er in allen grossen Übungen in einem Sonderstab arbeitete, dessen Aufgabe es war, zuhanden des Front-Kommandanten Erlasse für die zivile Verwaltung des besetzten westdeutschen Gebietes zu redigieren und dass dafür sogar eine besondere Druckerei bereitstand.

Verteidigungsbereitschaft im Westen – innere Spannungen im Osten

Wenn wir diese neuen Erkenntnisse über die operative Planung des Warschauer Paktes in Verbindung bringen mit dem Stand der Rüstung, den er in den frühen achtziger Jahren erreicht hatte und mit der Masse der Streitkräfte, die im westlichen Vorfeld der Sowjetunion konzentriert waren,

drängt sich die Frage auf, weshalb denn der Angriff gegen Westeuropa nicht ausgelöst wurde.

An Anzeichen dafür, dass die Absicht – zumindest in militärischen Führungsgremien – bestand, fehlt es nicht, und die Beteuerungen über den rein defensiven Charakter des Paktes erscheinen im Lichte der jüngsten Erkenntnisse eher fragwürdig. Lothar Rühl stellt dazu fest: «*Entgegen den jahrzehntelang wiederholten Behauptungen sowjetrussischer und osteuropäischer Führer besaßen ihre Regierungen Pläne zur Eroberung Westeuropas. Die Tatsache, dass diese Pläne nie in die Tat umgesetzt wurden, kann hauptsächlich der entschlossenen Verteidigungspolitik des Westens seit den späten vierziger Jahren zugeschrieben werden.*⁵»

Das ist zweifellos ein verdientes Kompliment an die NATO und ihre Verantwortungsträger, aber es erklärt den wirklichen Sachverhalt nur teilweise. Es kommt dazu, dass der Pakt an inneren Schwächen und Spannungen litt, die seine Erfolgsaussichten von Anfang an in Frage stellten, obwohl er – rein arithmetisch gesehen – der NATO an Kampfkraft eindeutig überlegen war. Aus diesem Sachverhalt lassen sich denn auch folgerichtig die Ursachen seines fast schlagartigen Zerfalls ableiten.

Am Gegenbeispiel der NATO, aber auch an manchen historischen Beispielen – nicht zuletzt am Verlauf der Golfkrise – wird deutlich, dass für den Bestand und den Erfolg militärischer Allianzen zwei Faktoren von ausschlaggebender Bedeutung sind: die *innere Geschlossenheit* und der *Wille zur gemeinsamen Leistung*.

Zwar wurde auch der Zusammenhalt der NATO zuweilen auf harte Proben gestellt. Man denke an die eigenwillige Politik General *de Gaulles* und das Gebaren seiner Nachahmer, an die griechisch-türkische Feindschaft oder an die Anfälligkeit der Dänen, der Niederländer und der bundesdeutschen Linken gegenüber den amerikafeindlichen Tendenzen jener Agitation, die sich als «*Friedensbewegung*» etikettierte. Aber kein einziges Mitglied der NATO hat bisher das Bündnis verlassen, weil offensichtlich bei allen die Bereitschaft zur Erfüllung einer gemeinsamen Aufgabe und die Einsicht in deren Notwendigkeit intakt geblieben sind.

Zentral beherrschtes Zwangsbündnis

Dagegen zeigte sich beim Warschauer Pakt schon früh, dass er nicht ein freiwilliger Zusammenschluss autonomer Staaten, sondern ein Zwangsbündnis unter sowjetrussischer Führung war.

Unter dem Disziplinierungsdruck der Führungsmacht – schreibt Héléne Carrère d'Encausse – «*traten alle sekundären Konflikte, soweit sie noch bestanden, ganz deutlich zurück hinter der gemeinsamen Feindseligkeit ge-*

genüber der Sowjetunion . . . Selbst wenn noch Spannungen zwischen einzelnen Staaten herrschten, vollzog sich eine Art Einigung des europäischen Ostens in der gemeinsamen Feindschaft gegenüber dem stärksten Partner, der das ganze System beherrschte. ⁶»

Diese zentrifugalen Kräfte verstärkten sich in dem Masse, in dem die Sowjetunion ihre Expansionspolitik in der Dritten Welt intensivierte und ihre Bündnispartner dazu zwang, die immensen Kosten ihrer afrikanischen und asiatischen Abenteuer mitzutragen. Eine solche Entwicklung musste zwangsläufig den Willen zur gemeinsamen Leistung – das zweite Erfolgskriterium militärischer Allianzen – ernsthaft in Frage stellen. Dazu trugen aber noch andere Ursachen bei. Zwar war in offiziellen Erklärungen dauernd vom gemeinsamen Schutz der sozialistischen Bruderländer die Rede. Aber die konkreten Probleme der Verteidigung dieser Länder wurden in Planungen und Manövern des Warschauer Paktes gänzlich vernachlässigt. Das erzeugte bei den Offizieren der Paktstaaten das bittere Gefühl, dass ihre Truppen im Kriegsfall als vaterlandslose Manövriermasse der Führungsmacht verbraucht würden.

Die ablehnende Haltung gegenüber der sowjetrussischen Machtpolitik verstärkte sich erst recht, als deren Misserfolge immer deutlicher zutage traten. *Ernst Kux* hat kürzlich die damalige Situation innerhalb des Warschauer Paktes wie folgt charakterisiert: *«Während der Wirren im Kreml in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, den Machtkämpfen und aufeinanderfolgenden Führungswechseln von einem Gerontokraten zum andern, hatten die <Bruderländer> eine grössere Selbständigkeit gewonnen. Die Osteuropäer, und nicht nur die Satellitenführer, realisierten die wachsende Schwäche der Hegemonialmacht Sowjetunion, die 1983 nicht die NATO-Nachrüstung zu verhindern und die westliche Allianz zu spalten vermochte und die seit 1979 in Afghanistan in einen Krieg verwickelt war, den sie nicht gewinnen konnte... Vor allem bewies den Osteuropäern die Atomkatastrophe im April 1986 im nahen Tschernobyl und die für sie entstandene Gefahr, wie wenig Verlass auf <brüderliche Hilfe> aus Moskau war.⁷»*

Es passt genau in dieses Bild, dass die unflexible Politik der Sowjetführung gegenüber dem Doppelbeschluss der NATO in den Satellitenstaaten weitherum auf Unverständnis und Missbilligung stiess, wurden doch die NATO-Staaten dadurch zu einem engeren Schulterschluss veranlasst und dazu gedrängt, ihren Rüstungsaufwand zu verstärken. In den Augen vieler Angehöriger der Paktstaaten war die sowjetrussische Führung daran schuld, dass in den frühen achtziger Jahren die Gefahr eines Kriegsausbruchs in Europa bedrohlich anstieg. Das förderte keineswegs ihre Kampfbereitschaft, sondern drückte auf ihre Moral. *«Wir hatten damals einfach Angst vor dem Krieg»*, erklärte der bereits früher zitierte tschechische Offizier.

Die Geschichte des Warschauer Paktes zeigt, dass er nie zur geschlossenen Einheit zusammenwuchs, und dass der Wille zur gemeinsamen Leistung nicht gedeihen konnte, weil der gegen aussen, aber auch gegenüber den Bündnispartnern proklamierte Verteidigungszweck nicht mit den Absichten übereinstimmte, welche die militärischen Führungsspitzen verfolgten.

Aussichtslosigkeit im Rüstungswettlauf

Heute vertreten auch namhafte sowjetrussische Politologen die Auffassung, dass die greisen Kremlherren, die bis 1985 die Geschicke der Sowjetunion und des Warschauer Paktes lenkten, die entscheidende Umwandlung herbeiführten, weil sie mit ihrer Überrüstung die NATO nicht einzuschüchtern vermochten, sondern zu energischen Gegenmassnahmen drängten, dass sich aber in der Folge im sowjetischen Lager sehr bald die Einsicht in die Aussichtslosigkeit eines neuen Rüstungswettlaufs durchsetzte. Wir verfügen heute über zuverlässige Anzeichen dafür, dass die Führungsgremien des Warschauer Paktes von der technologischen Überlegenheit des Westens sehr beeindruckt waren. Und das traf auch für die Chefs der taktischen Ebenen zu. Ein Kampfpanzer *T 72* oder eine *Mig 23* genoss bei den Offizieren, die täglich damit umgingen, durchaus nicht jenen hohen Respekt, wie er etwa von den Hellsehern der westlichen Nachrichtendienste kultiviert wurde.

Es war also nicht *Gorbatschows* «*Perestroika*», die in den folgenden Jahren das Gefüge des Warschauer Paktes aus den Angeln hob. Es war seine Einsicht in die Tatsache, dass die Machtpolitik seiner Vorgänger das kommunistische Imperium wirtschaftlich ruiniert hatte. Daraus zog er die Konsequenzen, indem er kurz nach seinem Amtsantritt den seit 1983 unterbrochenen Abrüstungsdialog wieder aufnahm und zum ersten Mal echte und glaubwürdige Reduktionsvorschläge einbrachte.

Zwar wurde – wie aus den jüngsten Aktenfunden hervorgeht – in Manövern der Sowjettruppen und der Nationalen Volksarmee der DDR weiterhin und noch jahrelang der als Gegenangriff deklarierte Angriff geübt. Ob aber in den späten achtziger Jahren noch viele an seinen Erfolg glaubten, bleibt um so mehr zu bezweifeln, als doch alle einigermaßen aufmerksamen Offiziere des Warschauer Paktes einiges über das Debakel der Sowjettruppen in Afghanistan erfahren mussten. Sie wussten zwar vermutlich nicht, dass der im Westen als Friedensfürst gefeierte Gorbatschow nach seinem Amtsantritt den militärischen Aufwand auf jenem Kriegsschauplatz noch intensiv in die Höhe trieb; aber die Tatsache, dass die innerhalb des Paktes am besten bewaffneten und in jeder Hinsicht privilegierten Sowjettruppen mit einem eher primitiv gerüsteten Gegner nicht fertig wurden und schliess-

lich einen wenig ruhmvollen Rückzug antreten mussten, konnte ihnen nicht verborgen bleiben.

Während jedoch in den militärischen Führungsgremien des Warschauer Paktes noch immer die Parole dominierte, es gelte, durch intensive Verteidigungsmassnahmen den aggressiven Absichten der NATO zu begegnen, vollzog sich auf der politischen Bühne ein markanter Szenenwechsel, und von dem Zeitpunkt an drifteten die Politik der sowjetrussischen Führung und die Strategie der militärischen Spitzen des Warschauer Paktes immer mehr auseinander.

Angesichts der tiefgreifenden Veränderung der strategischen Lage verlor der Warschauer Pakt nicht nur sein früheres Gewicht als Faktor der sowjetrussischen Machtpolitik, sondern auch seine Bedeutung als Instrument der Hegemonialmacht zur Kontrolle und Disziplinierung der Satellitenstaaten. 1987 hatte Gorbatschow in seinem Werk «Perestroika» erklärt: «*Jede Nation hat Anspruch darauf, den Weg ihrer Entwicklung selber zu wählen und über ihr Schicksal, ihr Territorium und ihre menschlichen und natürlichen Ressourcen selber zu bestimmen.*»⁸

Am 6. Juli 1989 widerrief er vor dem Europarat in Strassburg ausdrücklich die sogenannte Breschnew-Doktrin über die begrenzte Souveränität der sozialistischen Staaten. Die Warschauer-Pakt-Organisation bildete fortan nurmehr eine militärische Schale, die den Kern ihrer politisch-strategischen Sinnggebung verloren hatte. Die formelle Auflösung des Paktes im Juli 1991 war die logische Folge dieses Sachverhalts.

Sicherheitspolitische Konsequenzen

Das jähe Ende des Warschauer Paktes kann nicht isoliert betrachtet werden. Was sich im europäischen Osten ereignete, erscheint wie eine Kettenreaktion des politischen Zerfalls. Der Massenflucht aus den Oststaaten über die ungarisch-österreichische Grenze folgte der Einsturz der Berliner Mauer; und kaum war der Warschauer Pakt auseinandergebrochen, zerbarst auch dessen einstige Führungsmacht, die Sowjetunion. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass in allen Betrachtungen über die sicherheitspolitische Lage in Europa und ihre mögliche Entwicklung Worte wie «*Unsicherheit*» und «*Ungewissheit*» dominieren. – Dennoch scheinen dazu einige Feststellungen erlaubt, die aber nicht mehr als *Fragmente einer sicherheitspolitischen Prognose* sein wollen.

Erstens: Lageentwicklung ausser Kontrolle

In erster Linie stellen wir fest, dass die Entwicklung der strategischen Lage in Osteuropa ausser Kontrolle geraten ist. Der Rhythmus eines durch

etablierte Gremien gelenkten Entspannungs- und Abrüstungsprozesses wurde durch die rapiden Umwälzungen des einstigen Sowjetimperiums gebrochen. Davon ist vor allem die KSZE betroffen – eine Institution, die übrigens seinerzeit auf Betreiben der Sowjetunion geschaffen wurde, was heute vermutlich nur wenigen noch bewusst ist. Die KSZE dürfte mittelfristig, möglicherweise aber definitiv an Bedeutung verlieren. Von ihrer Gründung an bis zum grossen Umsturz in Osteuropa bestand ihre wichtigste Funktion darin, als Forum der Vermittlung und der Vertrauensbildung zwischen den Blöcken zu wirken und schliesslich die Verhandlungen über den Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa in Gang zu bringen. Diese Vermittlerrolle ist mit dem Zerfall des Warschauer Paktes hinfällig geworden. Dass die KSZE dagegen das Fundament einer künftigen europäischen Sicherheitsstruktur bilden könnte, erscheint angesichts ihrer manifesten Ineffizienz als konfliktverhütendes oder streitschlichtendes Organ mehr als fraglich.

Die überstürzte Aufnahme neuer Mitgliedstaaten (ihre Zahl ist in kurzer Zeit von 35 auf 52 gestiegen), wird zur Folge haben, dass zukünftige Verhandlungen in allen Bereichen noch komplizierter und schwerfälliger werden, als sie es bisher schon waren, denn mit der Zahl der Mitglieder wächst zwangsläufig die Vielfalt partikularer Interessen und divergierender Tendenzen. Dass vor nicht langer Zeit die Republik Russland gegen alle andern als Protektorin des kommunistischen Rest-Jugoslawiens auftrat, ist nur ein, aber ein besonders bemerkenswertes Beispiel.

Im früheren Kreis der 35 Mitgliedstaaten wurden über Jahre hinweg zahlreiche persönliche Beziehungen geknüpft, und es bildete sich ein eigener Verhandlungsmechanismus heraus, der heute den Vertretern der einstigen Warschauer-Pakt-Staaten genauso vertraut ist wie ihren westlichen Gesprächspartnern. Den neuen Teilnehmern sind solche Erfahrungen fremd. Kommt dazu, dass die neuen Mitgliedstaaten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – über keinerlei geeignete Fachleute verfügen.

Wenn nun die NATO kürzlich die Bereitschaft signalisierte, der KSZE militärische Mittel für friedenswahrende Aktionen zur Verfügung zu stellen, bedeutet das einstweilen nicht mehr, als dass gegebenenfalls über eine solche Offerte verhandelt würde. Das geschähe nach den Verfahrensregeln der KSZE im Rahmen einer Plenardebatte, bei der sich die Delegierten aller Mitgliedstaaten mit gleichwertiger Stimme über Ja oder Nein, über Art, Ort und Zeit des Einsatzes und über Stärke und Zusammensetzung des einzusetzenden Verbandes äussern könnten.

Zweitens: «Armee ohne Staat» im Trümmerfeld

Der europäische Osten gleicht heute einem gigantischen Trümmerfeld, das wörtlich und bildlich mit gefährlichstem Sprengstoff durchsetzt ist. Im

neuesten Jahresüberblick des Londoner «*Instituts für Strategische Studien*» steht der Abschnitt über die Zukunftsaussichten der einstigen Sowjetunion unter dem Titel «*A sea of troubles*», und darunter steht der Satz: «*Der beunruhigendste Aspekt von alledem ist, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die einstmals sowjetischen Streitkräfte in eine Armee ohne Staat umgewandelt hat.*»⁹

Karl Kaiser stellt für die Zukunft dieser chaotischen politischen Landschaft die Prognose: «*Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich eine ausserordentliche Variationsbreite verschiedener Regimes, von unvollständigen Demokratien über semiautoritäre Staaten bis hin zu Diktaturen . . . herausbilden.*»¹⁰ Bedenken wir zudem die krassen Unterschiede, welche zwischen diesen Staaten in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bestehen, so erscheint es fast unvermeidlich, dass sich ihre künftige Entwicklung in einem Rhythmus vollziehen wird, der etwa dem folgenden Drei-Phasen-Szenario entsprechen dürfte:

In den nächsten Jahren werden alle verfügbaren Kräfte beansprucht sein, um wirtschaftlich zu überleben und die schlimmsten Auswirkungen einer umweltfeindlichen Industrialisierung einzudämmen. In der anschliessenden Phase werden einzelne Staaten wirtschaftlich genesen und politische Selbstsicherheit gewinnen, während es andern nur langsam oder gar nicht gelingen wird, sich aus der Unterentwicklung herauszuarbeiten. Damit dürfte zuletzt eine sehr heterogene politische Landschaft entstehen – ein Nebeneinander von wehrlosen Habenichtsen und wiedererstarkten Staaten, deren Politik von einem neuen Machtbewusstsein getragen sein wird. Dabei könnte sich einmal mehr bestätigen, dass die harte Währung der Politik aus militärischem Potential besteht.

Drittens: Russland bleibt militärische Grossmacht

An diesen Ausblick fügt sich eine dritte Feststellung: die einstmalige Sowjetunion ist zerborsten. Aber der stärkste Teilstaat, die Republik Russland, bleibt eine militärische Grossmacht, und nichts lässt daran zweifeln, dass sie entschlossen ist, diesen Status zu wahren. Sie besitzt das Gros des sowjetrussischen Kernwaffenarsenals, namentlich der strategischen Komponente, und sie gebietet über den grössten Teil der sowjetrussischen Kriegsmarine. Die wichtigste Basis der kernwaffentragenden U-Boot-Flotte, die Kola-Halbinsel, ist in ihrer Hand. Dieser Sachverhalt erscheint noch bedeutungsvoller, wenn bedacht wird, dass das Offizierskorps der früheren Sowjetarmee weitgehend von Russen dominiert war und dass eine ihrer wichtigsten Kerntruppen, die 300 000 Mann starke Spezialeinheit der «*Strategischen Raketenkräfte*», fast ausschliesslich aus Soldaten russischer Herkunft gebildet wurde¹¹.

Es gibt im entspannungs- und friedensgläubigen Europa unserer Tage ein kleines Volk, das, im Gegensatz zu allen anderen, seine militärische Verteidigungsfähigkeit beharrlich weiter ausbaut: die Finnen.

Viertens: Gefahr des «atomaren Selbstbedienungsladens»

Die letzten Jahre waren zwar von anhaltenden und zeitweise bedrohlichen Spannungen zwischen den Kernwaffengrossmächten geprägt. Aber in dieser Situation lernte auch die sowjetische Führungselite, mit Kernwaffen rational umzugehen. Durch die verschiedenen Rüstungskontrollabkommen hatten sich mit der Zeit zwischen den Gegenspielern gewisse Verhaltensregeln entwickelt, und es scheint, dass damit das Wort General *Beaufre's* bestätigt wurde, die Kernwaffe sei der «Irrenwärter» der modernen Strategie.

Heute befinden sich die Kernwaffen der einstigen Sowjetunion in den Händen anderer Akteure. Ob diese sich im Umgang damit von der gleichen Vorsicht leiten lassen werden wie ihre Vorgänger, ob das auch der Fall sein wird, wenn Kernwaffen in die Verfügungsgewalt anderer Potentaten fallen oder ob es gar dazu kommen wird, dass Sprengkörper, Produktionselemente und technisches «know how» in eine Art atomaren Selbstbedienungsladen abwandern werden –, das kann heute noch niemand voraussehen.

Zukunft im Zeichen des «hochgemuten Pessimismus»

Der Zerfall des Warschauer Paktes und die Auflösung des kommunistischen Imperiums bedeuten für zahlreiche Völker das Ende einer menschenunwürdigen Zwangsherrschaft und die Chance zum Aufbau einer freiheitlichen Staatsordnung. Optimistische Zukunftsvisionen herrschen heute vor und erscheinen auch berechtigt. Sie sollten indessen nicht dazu verleiten, die Augen vor der Gefahr zu verschliessen, dass die politische Umwälzung der letzten Jahre neue Feindschaften erzeugen und neue Konflikte heraufbeschwören kann. Aus dieser Überlegung wurden hier ein paar eher düstere Perspektiven eröffnet und damit ein Wort von *Alois Riklin* bestätigt: «Sicherheitspolitik ist angewandter Pessimismus.¹²» Aber diese Definition mag im Sinne des Historikers *Karl Meyer*, verstanden werden, der den Begriff des «hochgemuten Pessimismus» prägte und damit ausdrücken wollte, dass es einer pessimistischen Voraussicht bedürfe, um vorsorglich zu überlegen, wie wir uns notfalls auf einen schlimmen Gang der Dinge einstellen sollen.

¹ Europa-Archiv 22/91, D 577. – ² H. Carrère d'Encausse, Les conflits à l'intérieur du Pacte de Varsovie; Colloque d'études stratégiques, organisé par le Centre québécois de relations internationales; 11/12 mars 1982. – ³ A. Dumoulin, La désintégration du Pacte de Varsovie; in:

Défense nationale, janvier 1991. – ⁴L. Rühl, Offensive defence in the Warsaw Pact; in: Survival, september/october 1991, p. 447. – ⁵ibidem, p. 449. – ⁶H. Carrère d'Encausse, Les conflits à l'intérieur du Pacte de Varsovie (s. Anmerkung 2). – ⁷E. Kux, die Revolution in Osteuropa – Revolution im Westen? Abschiedsvorlesung an der HSG, 12. Februar 1991, abgedruckt in: Wege in die Freiheit, hrsg. D. Brühlmeier/R. Nef, St. Gallen 1992. – ⁸M. Grobatschow, Perestroika, München 1987, S. 230. – ⁹The International Institute for Strategic Studies: Strategic survey 1991–1992, London 1992, pp. 21/23. – ¹⁰K. Kaiser, Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem kalten Krieg; in: Europa-Archiv 1/92, S. 10. – ¹¹K. H. Kampe, Die Sicherheit der sowjetischen Atomwaffen; in: Eurpa-Archiv 10/91, S. 593. – ¹²A. Riklin, Audiatu et altera pars. Dreifache militärische Lagebeurteilung; in: Sicherheitspolitik am Scheideweg, Bonn 1982, S. 549.

Redigierter Text der am 30. Juni an der Hochschule St. Gallen gehaltenen Abschiedsvorlesung.

Tiger-Schibe,

gäbig, guet u gschwind

**«Delicrem»,
die rahmige,
die besonders
leicht schmilzt**

**«Toast extra»,
die rezente,
aus Gruyère,
Appenzeller und
Emmentaler**

**«Sandwich»,
die milde,
aus Emmentaler**

**«Viertelfett mild»,
die leichte,
mit wenig Kalorien**

Tiger

Schmelzkäsespezialitäten
Langnau im Emmental

